

Meine Damen und Herren,

unsere erste Reaktion auf den Haushaltsentwurf des ehemaligen Bürgermeisters, und da ging es Ihnen sicherlich nicht anders, war Entsetzen.

Entsetzen darüber, dass ca. 17 Millionen € geplanten Einnahmen mehr als 24 Millionen € geplanten Ausgaben gegenüberstehen sollten. Das ergäbe ein geplantes Defizit von ca. 7,6 Millionen € und damit die höchste Neuverschuldung in der Geschichte von Egelsbach.

Viele von uns waren Zeugen eines vernichtenden Urteils der Beratungsfirma Schüllermann Consulting: Der vorgelegte Egelsbacher Haushalt sei der katastrophalste, den sie in ihrer gesamten Tätigkeit gesehen haben. Basierend auf dessen Planzahlen und einem „weiter so“, würde die Verschuldung der Gemeinde Egelsbach im Jahr 2020 weit mehr als 80 Millionen € betragen. Damit würde Egelsbach, gemessen an der Einwohnerzahl, zu einer Gemeinde mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Hessen.

Wie konnte es dazu kommen?

Jahrelang flog die Gemeinde Egelsbach einen finanziellen Blindflug.

Die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben der vergangenen Jahre waren schlichtweg unbekannt, weil die Verantwortlichen nicht in der Lage waren, sie festzustellen und der ehemalige Bürgermeister die Lösung dieses Problems ignorierte.

Erst nach vielen Ermahnungen und Drohungen erhielten wir, die Gemeindevertretung, diese notwendigen Informationen über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben.

Nun zeigten sich die Gründe für die katastrophalen Zahlen:

Zum einen erfuhren wir mit der Befragung zum Haushaltsplan 2012 die Vorgehensweise, die zu vielen der Haushaltsansätzen geführt hat.

Die jeweiligen Kostenstellenverantwortlichen schrieben ihre Wünsche auf, die dann einfach zum vorliegenden Haushaltsplan zusammengefasst wurden.

- So steigen die Haushaltsansätze für Fort – und Weiterbildung im Rathaus von 8.000 Euro im Jahr 2010 auf geplante 50.000 € im Jahr 2012. Zwar wurde dies mit notwendigen Kursen zur Einführung leistungsbezogener Entgelte begründet, der Ansatz aber dann gleich bis 2015 mit 50.000 € jährlich fortgeschrieben.
- Bei einer anderen Kostenstelle werden für Repräsentation statt 250 € nun 5.000 € benötigt.
- Beim Freibad erhöhen sich die Kosten für Fremdreinigung von 0 € (2011) auf 28.000 € (2012). Begründung: Damit könne man Personalkosten sparen. Merkwürdig nur, dass zugleich das Entgelt für Beschäftigte im Freibad lediglich von 200.000 € (2010) auf 199.000 € (Haushaltsansatz 2012) gesunken ist.
- Für 2012 ist eine Kulturabteilung geplant, die es in dieser Form noch nie gab und niemand weiss, was mit dem Geld (15.000 €) passieren soll.

Dies sind nur vier Beispiele von vielen, die zeigen: Ein verantwortlicher Haushalt sieht anders aus.

Es gab keinerlei Vorgaben, keine Beschränkungen oder Rücksprachen.

Der Haushaltsvorschlag wurde vom damaligen Gemeindevorstand und Bürgermeister mehrheitlich durchgewunken und uns vorgelegt.

Damit entspricht der Haushaltsplan wohl kaum dem Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitsgebot nach § 92 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung.

Zum anderen handelt es sich bei mehreren Millionen Euro schlicht um Luftnummern, d.h. geplante Ausgaben sind viel zu hoch angesetzt.

So wurden beispielsweise die Personalkosten geplant, als ob alle Stellen das ganze Jahr 2012 besetzt wären. Da aber ein nicht unerheblicher Teil der Stellen nicht oder zeitweise nicht besetzt sind, ergeben sich Differenzen wegen nicht auszuzahlenden Gehältern in Höhe von mehreren hunderttausend Euro.

Unter dieser Rubrik sind zum großen Teil die vorgelegten sog. „Einsparungen“ zu verbuchen, die der Bürgermeister auf unsere Aufforderung hin präsentierte. Sind es doch in Wirklichkeit gar keine echten Einsparungen, sondern Ausgaben, die gar nicht ausgegeben werden können. Eben Luftnummern.

Damit ist offensichtlich, dass dieser vorliegenden Haushaltsplan auch gegen § 10 der Gemeindehaushaltsverordnung verstößt, die besagt, dass die Höhe der im Haushaltsjahr zu leistenden Beträge sorgfältig zu schätzen bzw. zu berechnen ist.

Aber warum winken wir einen Haushalt mit einem derartigen geplanten Defizit nicht einfach trotzdem durch? Wissen wir doch jetzt aus den vergangenen tatsächlichen Haushaltsergebnissen, ganz so schlimm wird es schon nicht werden. Und mittlerweile hat der Bürgermeister selber eingeräumt, mindestens 1,6 Mio. € gar nicht ausgeben zu können.

„Ist doch Klasse“, könnte man meinen, wenn sich nächstes Jahr herausstellt, dass die Gemeinde nicht so viel Schulden gemacht hat, wie „geplant“.

Bei einem defizitären Haushalt muss die Gemeinde gleichzeitig mit dem Haushaltsplan ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Hierin sind die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Haushalt zu beschreiben und verbindliche Festlegungen über das Konsolidierungsziel zu treffen, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushalts erreicht werden soll.

Wobei die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzept auf den Plan-Zahlen, also in diesem Fall einer geplanten Neuverschuldung von 7,6 Mio € abgeleitet werden müssten.

Ebenso beruht auch im Falle der Teilnahme am kommunalen Schutzschirm die Berechnung der notwendigen Einsparungen auf dem geplanten Defizit.

Wollen Sie allen Ernstes zulassen, dass wir auf dieser Basis Sparmassnahmen in Höhe von 7,6 Mio. € aufgedrückt bekämen?

Sie sehen die Auswirkungen des katastrophalen Defizits sind eben nicht egal. Es ist nicht egal, dass man evtl. doch weniger ausgibt.

Und genau deshalb geht der schnell nachgeschobene Antrag von SPD und WGE nicht weit genug, senkt er das Defizit noch nicht mal unter 6 Mio. €.

Nachdem der Gemeindevertretung der Haushaltsplan vorgelegt wurde, standen wir vor der Frage, wie wir das katastrophale Defizit senken können und damit vor einem gewaltigen Dilemma.

Wie kann, wie muss eine Gemeindevertretung ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen, die Verwaltung zu kontrollieren?

Sollen wir, als ehrenamtliche Kontrolleure einen Haushalt, bestehend aus mehreren hundert Seiten, entweder auf Basis von Kostenstellen, oder von Teilergebnishaushalten auseinandernehmen und die Ausgaben mit Dutzenden von Änderungsanträgen senken?

Wie sollen wir die Schätzungen, die den geplanten Einnahmen zugrunde liegen, überprüfen?

Wir, die Fraktionen von GRÜNEN, CDU und FDP haben beschlossen, einen alternativen Weg zu gehen.

Nachdem uns endlich das Rechnungsergebnis des Jahres 2010 vorlag, beschlossen wir, weitestgehend die Ausgaben des Jahres 2010 als Grundlage zu nehmen; die Ausgaben gleichsam einzufrieren.

Warum?

Ist-Zahlen zu nehmen bedeutet zunächst, sicher zu sein, dass diese Ausgaben zur Bewältigung der Aufgaben in 2010 ausreichen.

2010 war ein Defizit von über 6,6 Millionen geplant, tatsächlich wurde ein Defizit von 3 Millionen draus. Immer noch viel zu hoch und sicherlich nicht vom Willen zur sparsamen Haushaltsführung geprägt, aber ein realer Wert und vor allem deutlich geringer als die 7,6 Millionen € Defizit des jetzt vorgelegten Haushaltsplans.

Wir, die Fraktionen von Grünen, CDU und FDP, sind der Überzeugung, dass sich das geplante Defizit 2012 drastisch senken lässt.

Wir wollen aber auch ein Zeichen für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Egelsbacher Bürgerinnen und Bürgern zu setzen.

Dabei darf Sparen aber kein Selbstzweck sein, wir dürfen und werden Egelsbach nicht totsparen.

Wir sind bereit, Mehrausgaben zu genehmigen, wenn ihre Notwendigkeit hinreichend erläutert wird.

So groß die Übereinstimmung von GRÜNEN, CDU und FDP in diesem vorliegenden Antrag ist, in der nächsten Sitzungsrunde im September, werden wir sicherlich nicht immer einig sein:

Für die nächste Sitzungsrunde haben wir GRÜNE einen Antrag eingebracht, die tarifliche Höherstufung der gemeindlichen Erzieherinnen von S6 nach S8 mit dem Haushalt 2013 durchzuführen.

Wir dürfen dabei nicht so tun, als ob es diese Erhöhung umsonst gibt.

Gerade wer ernsthaft eine solche Erhöhung will, ohne Gefahr zu laufen, in ein paar Jahren über betriebsbedingte Kündigungen nachzudenken, wie es uns Schüllermann & Partner prophezeit haben, muss angesichts dieser Zahlen auch darüber reden, wie man diesen Schritt, der für die Gemeinde Kosten von ca. 260.000 € pro Jahr bedeutet, finanziert.

Einfach durch die Aufnahme neuer Schulden, wie es im Resultat der gemeinsame Antrag von SPD und WGE zur Folge hätte?

Wir GRÜNE stehen für eine gerechte und faire Entlohnung der gemeindlichen Erzieherinnen, aber auch für ausreichende und bezahlbare Kinderbetreuungsplätze.

Belasten wir also mit der Erhöhung die Nutzer, sprich die Eltern oder legen wir es auf alle Egelsbacher durch Erhöhung der Grundsteuer B um? Oder beides? Oder nur zum Teil unter Inkaufnahme neuer Schulden?

Diesen Fragen müssen sich alle Befürworter der Erhöhung von S6 nach S8 stellen und sie im September beantworten.

Jetzt aber steht zunächst die Entscheidung über den Haushaltsplan 2012 an. Entscheiden wir uns für ein mögliches Defizit von 7,6 Millionen €, das den Weg ebnet zum höchsten Schuldenberg der Geschichte Egelsbachs oder ziehen wir gemeinsam die finanzielle Notbremse und demonstrieren Einigkeit, dass es so nicht weitergehen kann?

Wir GRÜNE halten eine Zustimmung zu dem vorliegenden Haushaltsplan für unverantwortlich

Wir Grüne stehen für ein lebenswertes Egelsbach. Es wird angesichts der Finanzlage in den nächsten Jahren sehr schwer, möglichst viel von dem zu erhalten, was Egelsbach seinen Bürgern anbietet.

Aber gerade weil wir GRÜNE

- **den Erhalt des Freibades,**
- **eine Kinderbetreuung, die es auch noch in fünf Jahren gibt,**
- **eine angemessene Bezahlung der Kinderbetreuer/-innen und**
- **die Förderung unserer Vereine,**

erhalten wollen, bereiten wir mit dem interfraktionellen Antrag den Weg zu einem realistischen, sparsamen und nachhaltigen Haushalt 2012.